Rede von Wolfgang Schüssel vor dem Europäischen Parlament (18. Januar 2006)

Legende: Am 18. Januar 2006 präsentiert der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel dem Europäischen Parlament das Programm des österreichischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2006.

Quelle: Schüssel, Wolfgang, Vorstellung des Programms des österreichischen Vorsitzes. [ONLINE]. [s.l.]: Europäisches Parlament, [22.02.2006]. Verfügbar unter HTTP://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?SAME_LEVEL=1&LEVEL=3&NAV=S&DETAIL=&PUBREF=-//EP//TEXT+CRE+20060118+ITEM-002+DOC+XML+V0//DE.

Urheberrecht: (c) Europäisches Parlament

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_wolfgang_schussel_vor_dem_europaischen_parlament_18_januar_2006-de-914fbcc9-4855-4c6c-9a7c-efd3cfa60007.html

Publication date: 04/09/2012

Vorstellung des Programms des österreichischen Vorsitzes (18. Januar 2006)

Wolfgang Schüssel, amtierender Ratspräsident. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf Sie sehr herzlich an diesem Morgen begrüßen.

Es ist mir eine große Freude, hier vor dem Europäischen Parlament sprechen zu dürfen. Es ist eine Ehre für den sechsmonatigen Vorsitz Österreichs, hier das Programm kurz vorstellen zu können. Das Europäische Parlament ist eine ganz besondere Institution, weil es in einer einmaligen Art und Weise die Stärke des neuen Europas darstellt.

Dieses Parlament ist aus einer historischen Wahl im Jahr 2004 hervorgegangen. Zum ersten Mal sind 25 Länder in Freiheit zu einer Wahl angetreten; sie haben ihre Volksvertretung gewählt und repräsentieren damit den *Populus Europaeus*, das europäische Volk. Damit wurde die Teilung Europas endgültig überwunden, wenn auch die Wiedervereinigung Europas noch in vollem Gang ist.

Dieses Parlament verdeutlicht in einer großartigen Form die größte Stärke dieses neuen Europas, eine Vielfalt von Ideen und Erfahrungen, seine Geschichte, auch Geschichten und Hoffnungen. Wir wissen, der Klang Europas ist kein Soloinstrument, sondern ein Orchester, wie auch dieses Parlament. Die Farbe Europas ist nicht monocolor, sondern bunt, wie das auch das Logo, das Zeichen des österreichischen Vorsitzes hier darstellt. Und diese Stärke, die Vielfalt, die verschiedenen Identitäten Europas, machen die Identität Europas aus. Kein Land hat verloren, wenn es dieser Europäischen Union beigetreten ist. Alle haben profitiert. Wir haben Freiheit, Frieden, Sicherheit und Wohlstandschancen gewonnen.

Sie werden sich jedoch mit Recht fragen: Wenn aber alles so großartig ist, woher kommt dann die spürbare Skepsis so vieler Bürger? Wir müssen da sehr genau sein und die Dinge auch ehrlich analysieren. Nach den Höhen des historischen Jahres 2004 kam eine besonders schwierige Phase. Zwei negative Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden nach dreijährigen intensiven Verhandlungen um eine neue Verfassung. Es kam das mühsame Tauziehen um die Finanzielle Vorausschau für die nächsten sieben Jahre. Es gab Terrorangriffe in einigen EU-Hauptstädten, wachsende Sorgen der Bevölkerung gegenüber neuen Erweiterungen der EU und eine echte Vertrauenslücke zwischen den Bürgern Europas und seinen Institutionen.

Wir haben uns deshalb für den österreichischen Vorsitz vorgenommen, genau hier anzusetzen. Wir wollen, dass am Ende unseres Vorsitzes das Vertrauen der Bürger zu Europa, das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten aber auch das Vertrauen zwischen den Institutionen wieder wächst. Wenn wir das erreichen wollen, dann müssen wir zuerst Klarheit über die wichtigen Fragen finden, die die Menschen bewegen.

Ein Freund von mir, der große österreichische Quantenphysiker Anton Zeilinger, hat mich auf einen Punkt in der Physik aufmerksam gemacht, der mir so nicht bewusst war, und der mich eigentlich sehr fasziniert hat. Er sagt: "Die Frage ist das Wichtigste. In der Quantenphysik ist das noch viel radikaler als im allgemeinen weltanschaulichen Kontext. Die Frage schafft Wirklichkeit, und die Art der Frage bestimmt die Qualität der Wirklichkeit." Daher werden wir zunächst diese Fragen stellen müssen. Sie müssen ehrlich sein und wir müssen uns auch der unangenehmen Perspektive dieser Fragen bewusst sein. Wir werden nicht überall gleich befriedigende Antworten haben. Wir müssen uns aber auch vor den schnellen Abkürzungen hüten. Hier ist Zuhören gefragt, denn Europa muss nützen und Europa muss auch schützen. Dabei kommen uns viele reale Bedrohungen zu Hilfe.

Als wir die Präsidentschaft am 1. Januar dieses Jahres begonnen haben, fand in Wien das Neujahrskonzert statt, bei dem wir versuchen, ein bisschen Optimismus und auch Fröhlichkeit in die Welt hinaus zu schicken. Gerade als der lettische Dirigent Maris Janssons den Taktstock hob, haben die Russen die Gaslieferungen zuerst um 30% und in der Nacht vom 1. auf den 2. Januar um 50% reduziert. Martin Bartenstein, Minister für Wirtschaft, Energie und Arbeit, hatte dann die Aufgabe, mit den Partnern, den Ukrainern, den Russen und den europäischen Partnern sowie mit Kommissar Piebalgs Lösungen zu finden. Gerade dieses Beispiel hat uns gezeigt, dass ein Thema, das bisher im Wesentlichen für nationale Kompetenzen reserviert war, in wichtigen Fragen nur noch auf europäischer Ebene gelöst werden kann. Hier braucht es mehr Europa.

(Beifall)

Wenn es um die Frage der Verringerung der Abhängigkeit von einem Lieferanten, der Diversifizierung, der ausreichenden Reservenbildung und der Sicherheit der Energienetze geht – übrigens nur dann möglich, wenn wir langfristige Investitionen fördern, wenn wir auch langfristige Lieferverbindungen und Verträge zulassen –, dann ist nicht der kurzfristige Gewinn des nächsten Quartals gefragt, sondern da sind langfristige Lösungen für Europa die einzige Antwort. Es geht aber auch um Alternativen. Ich habe immer dafür gekämpft, dass jedes Land seine Energiequellen wählen soll und muss. Wir haben unseren Weg gewählt, der nicht die Atomtechnologie und ihre friedliche Nutzung einschließt, und ich werde dabei bleiben. Aber ich werde auch darum kämpfen, dass jedes Land seine Wahlfreiheit behält.

(Beifall)

Ich glaube, dass wir sehr genau darauf achten müssen, dass wir nicht in eine einseitige Richtung abgleiten. Wir müssen gemeinsam auf europäischer Ebene europäische Sicherheitsstandards in den Vordergrund rücken, und wir müssen mehr denn je auf erneuerbare Energien und die Ausschöpfung aller Möglichkeiten achten, die für uns und unsere Umwelt wichtig sind.

(Beifall)

Diese Frage der Sicherheit der Energieversorgung wird ein sehr wichtiges Thema beim europäischen Frühjahrsgipfel sein. Hier danke ich auch der britischen Ratspräsidentschaft dafür, dass sie dieses Thema weitreichend und mit einer guten Nase für kommende Entwicklungen in Hampton Court zu einer großen Frage hochstilisiert hat. Wir werden hier auch mit der Kommission sehr eng zusammenarbeiten.

Weitere Themen sind die Bekämpfung der Vogelgrippe oder das entschlossene Auftreten gegen das iranische Atomaufrüstungsprogramm. Hier kann nur mehr Europa und ein Zusammenstehen Europas auf der Weltbühne helfen, damit wir den Menschen auf der Welt und insbesondere in Europa Sicherheiten geben.

Das zweite sehr wichtige Thema, das die Menschen bewegt, ist Wachstum und Arbeitsplätze. Es ist das zentrale Thema für den Frühjahrsgipfel, denn ohne Arbeitsplätze, ohne die Perspektive, Arbeit zu haben, wächst klarerweise das Unbehagen der Bürger Europas. Viele Menschen haben das Gefühl, Europa tut hier zu wenig für uns.

Jetzt liegen 25 Reformprogramme auf dem Tisch. Die Kommission wird sie nun bewerten. Wir haben uns vorgenommen, hier eine Mischung vorzunehmen: konkrete, überprüfbare Selbstverpflichtungen der 25 Mitgliedstaaten plus Empfehlungen der Kommission, damit wir in eine konkrete Phase der Aktion und zu sichtbaren Ergebnissen kommen. Kein Politiker kann heute Arbeitsplätze versprechen. Das ist unseriös. Aber wir können die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen, wie etwas gelingen kann. Jeder weiß, und Sie wissen es am besten, dass man mit 1% des Bruttonationalprodukts Europas – das ist das Budget – oder mit 1,045% oder 1,1% nicht Millionen von Arbeitsplätzen schaffen kann. Aber wir können Vorbildwirkungen erzeugen, wir können die Selbstverpflichtungen der Mitgliedstaaten überprüfen. Wir können vor allem einige neue Themen auf die europäische Agenda setzen, die bisher vielleicht weniger berücksichtigt wurden.

Eines dieser Themen ist für mich die Förderung der KMU und des Mittelstands. Viele kleine und mittlere Unternehmen haben früher geklagt, sie würden zu wenig berücksichtigt, sie hätten zu wenig Zugang zu Kapital und zu den Programmen der Europäischen Union. Wir müssen aber wissen, dass die KMU die einzige wirkliche Jobmaschine auf europäischer Ebene sein können. Die KMU sind ein schlafender Riese, den wir wecken müssen. Die KMU brauchen – und da ist die Kommission mit dem Mittelstandsprogramm, das sie vorlegen wird, gefordert – Zugang zu den Kapitalmärkten, zu Forschung und Entwicklung. Sie brauchen Zugang und Berücksichtigung im Rahmen der Regionalförderung der Strukturprogramme. Auch das Better-Regulation-Programm müsste gerade für die KMU die Bürokratiekosten verringern. Cutting red tape ist dort besonders gefragt.

Eine weitere große Kraftquelle, die nicht ausreichend ausgeschöpft wird, sind die Europäischen Sozialpartner. Aus unserer österreichischen Erfahrung kann ich sagen: Demokratie und Marktwirtschaft funktionieren überhaupt nur mit freien, starken und unabhängigen Sozialpartnern. Da ist sicherlich das österreichische Modell ganz interessant. Nicht, dass das ohne Diskussion geschieht – da wird sehr oft diskutiert, manchmal auch gestritten. Es wäre absurd zu glauben, in einer Demokratie würde so etwas ohne Auseinandersetzungen abgehen. Sie sind oft ein Vitaminstoß für eine Debatte. Ich möchte unter unserem Vorsitz auch die europäischen Sozialpartner einladen, an solchen Lösungen – Arbeitsplätze, Wachstum, Energiesicherheit – mitzuarbeiten und ich habe bereits sehr gute Gespräche mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund und mit der Arbeitgeberorganisation UNICE geführt.

Sehr wichtig wird dabei die Dienstleistungsrichtlinie sein. Ich weiß, dass sich das Parlament seit vielen Monaten intensiv mit dieser Frage auseinandersetzt. Bei über 1000 Änderungsanträgen sehen Sie selbst, wie schwierig es ist, die Öffnung eines so großen Marktanteils mit den Sicherheiten, die die Bürger von uns erwarten, zu kombinieren. Es ist ganz klar und auch notwendig, dass die Öffnung der Märkte mit einem entschlossenen Kampf gegen Sozialdumping und dem Schutz der öffentlichen Dienste und der Dienstleistungen, die wir auf Gemeindeebene gewohnt sind, einhergehen muss. Wir brauchen diese Balance. Öffnung und Schutz – das ist das, was erwartet wird. Hier möchte ich die Sozialpartner an unserer Seite haben, damit auch ein ausreichendes Gleichgewicht gefunden wird.

Der Schlüssel zu allem ist natürlich ein ausreichendes Wachstum. Darüber darf man sich keine Illusionen machen. Der Frühjahrsgipfel muss vor allem wachstumsstärkenden Impulsen gewidmet sein. Dazu gehören Forschung, Infrastruktur, aber auch die Erweiterung. Erweiterung, klug und richtig gemacht, kann eine Wachstumsstrategie für Europa und auch für unsere Industrien in den alten Mitgliedstaaten sein. Wenn wir 3% Wachstum hätten, verbunden mit mindestens 1% Beschäftigungswachstum, würde das in fünf Jahren die Halbierung der Arbeitslosenrate von derzeit 19 Millionen Menschen bedeuten. Das ist ein gewaltiges Ziel. Wenn wir zusätzlich eine Stärkung der Qualifikation und Flexibilisierung schaffen, dann können wir dieses Ziel erreichen. Das muss die eigentliche Arbeit sein. Beim scharfen Wettbewerb mit Asien oder den USA und der demographischen Entwicklung, die uns bevorsteht, können wir es uns auch gar nicht leisten, einen Teil unserer Arbeitskräfte nicht ausreichend und bestmöglich zu qualifizieren.

Ein ganz wichtiges Thema für die Kommission, den Rat und das Europäische Parlament wird natürlich die Verhandlung um die Finanzielle Vorausschau für die nächsten sieben Jahre sein. Ich will das gar nicht verheimlichen. Wir brauchen und suchen die Kooperation mit Ihnen, denn sieben Jahre Finanzielle Vorausschau – ungewöhnlich, denn normalerweise haben wir Jahres- oder Zweijahresbudgets – bringt natürlich Sicherheit und Planbarkeit. Ich weiß, dass viele im Europäischen Parlament mit dem, was der Europäische Rat nach vielen Mühen und Wehen im Dezember gerade noch beschließen konnte, nicht zufrieden sind. Ich sage Ihnen aber auch ganz offen, wer mehr Forschung will, muss vor allem bei den nationalen Budgets ansetzen. Würden wir das ernst nehmen, was wir Mitgliedstaaten ja schon beschlossen haben, nämlich bis 2010 3% des nationalen Budgets, dann hieße das nicht 200 Milliarden Euro jährlich für die Forschung, sondern 50% mehr, also 300 Milliarden Euro mehr – weit mehr, als eine noch so ehrgeizige Vorgabe im Budget bedeuten würde. Wir stoßen an Grenzen – ich sage das hier offen bei der Finanziellen Vorausschau. Wenn wir weiterhin aus den nationalen Budgets die Mitgliedsbeiträge für europäische Aufgaben herausoperieren müssen oder wollen, dann wird dies das letzte Mal sein, dass wir eine Finanzielle Vorausschau zusammengebracht haben.

Ich sage jetzt ganz offen etwas, das vielleicht nicht jeder gerne hört: Europa braucht eine stärkere Eigenfinanzierung. Es geht nicht, dass wir aus den ohnedies angespannten nationalen Budgets alles herausschneiden. Wir kommen dann genau in diese unglückliche Spannung zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern. Wer gewinnt, wer verliert? Die Idee einer stärkeren Eigenfinanzierung ist vielleicht nicht überall populär, aber meine Aufgabe als Ratsvorsitzender ist es nicht, hier etwas Populäres zu sagen, sondern das Notwendige. Ich glaube, dass wir darauf achten müssen, und ich weiß, Kommissionspräsident Barroso sieht das ganz ähnlich. Es ist Aufgabe der Kommission, all diese Aspekte bei der Überprüfung 2008/9 auf den Tisch zu legen. Es ist doch absurd, dass heute die kurzfristigen Finanzspekulationen vollkommen steuerfrei über die Bühne gehen. Es kann nicht angehen, dass es Steuerlücken gibt und der

internationale Verkehr in der Luft oder per Schiff praktisch überhaupt nicht besteuert wird. Da kann doch Europa nicht zuschauen, während auf der anderen Seite wichtige Aufgaben nicht finanziert werden können.

Ich bitte daher die Kommission, dieses Thema in der Überprüfung mit einzubeziehen und ich bitte auch das Europaparlament sehr offen um Unterstützung. Wer ein starkes Europa will, darf sich nicht scheu oder ängstlich um diese Frage herumdrücken.

Ich sehe hier in der ersten Reihe Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und den sehr geschätzten Javier Solana, unseren Beauftragten für die Außenpolitik, die oft mit dem Hut in der Hand herumgehen müssen, um für lebensnotwendige Friedensmissionen Geld aufzutreiben, weil wir nicht den Mut hatten, diese Fragen ausreichend zu diskutieren.

Das neue Europa, das Sie repräsentieren, braucht auch eine neue Gemeinsamkeit zwischen den Institutionen. Es macht keinen Sinn, wenn Rat, Kommission, Parlament oder die Mitgliedstaaten sich gegenseitig kritisieren. Wir alle sitzen in einem Boot und müssen auch in eine Richtung rudern. *Not head to head confrontation, but hand in hand cooperation* – das ist mein Prinzip und mein Motto für diese Vorsitzführung. Wir müssen zuhören, wenn manche Bürger den Missbrauch von eingesetzten EU-Geldern, die Verschwendung von manchen Programmen beklagen. Dagegen gibt es Rezepte, nämlich unabhängige Kontrolle. Wir müssen zuhören, wenn manche verlangen, die Transparenz bei europäischen Entscheidungen zu stärken, etwa, wenn der Rat als Gesetzgeber auftritt oder wenn die Öffentlichmachung der Subventionsvergabe gefordert wird, damit man weiß, wer konkret profitiert hat. Warum nicht? All dies gehört veröffentlicht. Es handelt sich um europäische Steuergelder. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten.

Und es heißt zuhören, wenn manche Bürger uns fragen: Für die Wirtschaft mag es ja ganz gut funktionieren. Aber wo bleibt der Schutz der kleinen Leute? Wo bleibt der soziale Zusammenhalt? Wo bleibt die Aufmerksamkeit gegenüber den Schwachen?

Jacques Delors hat vor einigen Tagen bei einer großen Rede am European College of Parma einen Satz gesagt, der mir sehr gut gefallen hat: "*Finding a balance between the market and social policy means recognizing social issues as a development factor and not as a by-product of the market economy*."

‘Finding a balance between social values and the power of the market economy, and recognising social issues as a development factor and not as a by-product of the economy.’

Das finde ich unerhört interessant. Das ist genau das Motto, das letztlich unser europäisches Lebensmodell ausmacht und mit dem wir auch in die Zukunft der Europadiskussion hineingehen, mit der ich hier abschließen will.

Im ersten Halbjahr bis zum Juni-Gipfel werden wir diese Diskussion um die Zukunft Europas zu führen haben. Wir haben seit vorigen Juni den Auftrag im österreichischen Vorsitz, hier gemeinsam mit dem Europaparlament, mit der Kommission – wir bitten auch um Impulse von Ihrer Seite –, mit den nationalen Parlamenten und natürlich mit der europäischen Öffentlichkeit eine solche Diskussion zu führen. Ich weiß, das Parlament wird heute oder morgen aufgrund eines Berichts des Ausschusses für konstitutionelle Fragen einen sehr ausgewogenen und guten Beschluss fassen. Ich nehme das auch im österreichischen Vorsitz sehr ernst. Das darf kein elitärer Diskurs sein. Europa geht alle an. Es gibt bei vielen europäischen Bürgern eine Sehnsucht nach Teilhabe und Partizipation. Es geht nicht nur um einen Text. Es geht um sehr viel mehr: Es geht um die Identität Europas: Was verbindet uns? Was hält uns eigentlich im Inneren zusammen? Es geht um eine faire Aufgabenteilung: Was soll Europa wirklich tun können und müssen? Wer die großen Fragen lösen will, muss dafür die Hände freihaben. Nur wer loslässt, hat die Hände frei. Wer die großen Fragen ernstlich lösen will, der muss bereit sein, kleinere Fragen an andere Institutionen abzugeben. Da kommt das Wort der Subsidiarität ins Spiel, das wir in rhetorischen Sonntagsreden immer wieder beschwören. Wir müssen es mit Leben erfüllen. Wir werden auch dazu nach Ostern eine ganz konkrete Konferenz abhalten.

Es geht auch um die Grenzen Europas. Konkret übersetzt heißt das: Es geht um die Kriterien für die Aufnahmefähigkeit der Union. Die Grenzen Europas dürfen nicht die Landvermesser oder Geografen

ziehen. Das ist ein politisches Thema. Dieses politische Thema ist in die Frage der Aufnahmefähigkeit zu übersetzen. Es geht auch um die Sichtbarkeit Europas in der Welt und nach innen. Ich halte es für falsch, wenn wir etwa nur in Brüssel oder hier in Straßburg tagen. Europa muss auch an der Peripherie, in den anderen Bereichen, sichtbar sein. Wir sehen als Präsidentschaft, wie interessant es für die Bürger ist zu sehen, zu erleben, zu begreifen, zu spüren, dass Europas sich nicht scheut, hinauszugehen und den Kontakt zu den Bürgern zu suchen. Auch Angreifen muss manchmal möglich sein, damit dieses europäische Modell funktionieren kann.

Es geht dabei um ein europäisches Lebensmodell. Ich habe nie verstanden, warum die Amerikaner stolz von ihrem *American way of life* reden dürfen, und nur wir Europäer uns niemals trauen, dieses europäische Lebensmodell offen, offensiv und stolz vor uns herzutragen: Friede, Sicherheit, Demokratie, Menschenrechte, Solidarität und Lebensqualität sind nicht selbstverständlich, und das alles gibt es auch nicht zum Nulltarif.

Daher werden wir versuchen, bis zum Juni eine Wegskizze mit Zeitplänen bzw. einen Zwischenbericht vorzulegen. Dabei sind Kontroversen und unterschiedliche Diskussionsbeiträge nicht nur erwünscht, sondern sogar willkommen. Das Schlimmste wäre, wenn ich hier eine Diskussion ausrufen würde und niemand hinginge oder niemand mitdiskutierte. Martin Buber hat gesagt: „Jeder ist berufen, etwas in der Welt zur Vollendung zu bringen." Das gilt besonders auch für Europa. Europa ist Teamarbeit. Die Briten haben vor uns den Vorsitz geführt. Wir bauen auf ihrer Arbeit auf und werden in diesem Jahr gemeinsam mit den Finnen, mit denen wir uns sehr gut abgestimmt haben, eine gemeinsame Vorsitzführung betreiben. Wir wollen dabei für Sie im Europäischen Parlament und für Sie in der Kommission ein verlässlicher Partner sein. Ich sehe unserer Zusammenarbeit mit großer Zuversicht entgegen, und ich hoffe dabei auch, dass wir den Bürgern draußen Freude und Lust an unserer gemeinsamen Arbeit vermitteln können. Alles Gute!

(Beifall)